Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 6 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 30 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 50 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 287. **Donnerstag** den 24. September 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 24. September.

Wir sind immer für die socialpolitischen Maßregeln der Regierung eingetreten und wir haben auch die Wittwen- und Waisenversicherung als den Schlußstein der Socialreform bezeichnet. Allein wir sind uns auch über die Lasten klar gewesen, welche damit der deutschen Industrie aufgebürdet werden, und gerade in der jetzigen Zeit, wo Handel und Wandel nicht in regem Fluß sind, macht sich eine Abneigung gegen eine Erweiterung der socialpolitischen Unterstützungsgesetze geltend. Es sind nicht nur die Kosten, welche diese Abneigung begründen, ein Theil der Abneigung gründet sich auch auf die Erfahrung, welche wir mit der Aufnahme der Gesetze bei einem großen Theil des Arbeiterstandes gemacht haben. Nur in wenig Kreisen hat man ein volles Verständniß für die Wichtigkeit der Reform bewiesen, in den weiteren hat man seine wohlfeilen Witze gemacht und die angeblich geringen Unterstützungssummen belacht. Aber gerade das ist kein Hinderniß gewesen, daß die Arbeiter in jeder Weise die Wohlthaten der Gesetze ausgenutzt haben, wie es ihnen gegenwärtig ihr gutes Recht ist, nur daß sie oft genug weiter gegangen sind. Erst haben sie die ihnen gewährten Rechte verhöhnt und im Falle des Bedarfs haben sie doch versucht, weiter zu gehen und sich Vortheile zu verschaffen, die ihnen nicht zukommen. Welches Wesen ist nicht um die freien Hilfscassen gemacht worden! Wir sind im Princip Anhänger der freien Cassen aus Gründen, die wir hier nicht ausführen wollen, die meisten Arbeiter haben vergegeben, es auch zu sein, und das Ende? — fast täglich kann man unter amtlichen Bekanntmachungen lesen, daß eine Hilfscasse nach der andern ihre gepriesenen Pforten schließt und sich auflöst, weil die Mitglieder in hellen Schaaren der Ortskrankencasse zuströmen. Die angefeindete Ortskrankencasse ist zu Ehren gekommen, sie ist beliebt geworden, daß sie sich kaum der Liebhaber erwehren kann. Die verlachte Ortskrankencasse wird ausgenutzt bis aufs letzte und oft genug fällt sie Simulanten zum Opfer. Die Simulation ist eine hervorstechende Eigenschaft eines gewissen Theiles der Arbeiterbevölkerung. Wir sprechen da übrigens nichts Neues aus, denn über die Simulation klagen die ausländischen Arbeiter selbst am meisten. Aber nicht nur die Krankencassen leiden, nein auch die Unfallversicherung wird oft genug geprandschatzt und die Verhandlungen und Entscheidungen der Schiedsgerichte führen nicht zum wenigsten oft Bilder einer ganz eigenthümlichen Rechtsauffassung vor die Augen. Die Versicherung soll eine Geldquelle werden, die zwar nicht allzu reichlich, dafür aber um so dauernder fließt, und um die früher so sehr verhöhnten „Groschen", welche die Industrie allein trägt, entspinnt sich oft genug ein langwieriger Streit. Aber in der Uebertreibung, in der gesteigerten Anforderung liegt auch die Heilung. Es muß das Verständniß für die socialen Reformgesetze in das Volk tiefer eindringen, wenn man so eifersüchtig die Rechte derselben wahrt, und es muß sich schließlich auch dem eingefleischtesten Gegner jeder Socialreform unter den Arbeitern die Wohlthat derselben aufdringen, wenn er immer und immer wieder sieht, wie sehr man es sich angelegen sein läßt, die Vortheile zu benutzen, und was Jemand von Vortheil ist, das nimmt er nicht gern. Wenn daher der Präsident des Reichsversicherungsamtes in Bern gemeint hat, daß unsere jetzige Generation die Wittwen- und Waisenversicherung nicht erleben werde, so ist zu hoffen, daß dieser Ausspruch nicht zu streng genommen wird, wenn natürlich auch der Schlußstein in diesem Jahrhundert nicht mehr das Gebäude krönen wird. Wenn nach und nach die Volksmasse sich besonnen und denken gelernt hat und nicht mehr blos den Worten nachginge, so wird die Zeit auch für die Versicherung der Wittwen und Waisen gekommen sein.

---

* Angesehene Führer und Preßorgane des Centrums haben sich in den letzten Wochen angelegen sein lassen, die Haltung ihrer Partei in der auswärtigen Politik gegen den Vorwurf der Unzuverlässigkeit, des Entgegenarbeitens oder wenigstens der Abneigung gegen den Dreibund zu vertheidigen. Römische Blätter, welche in mehr oder minder engen Beziehungen zum Vatican stehen, hatten eine bedenkliche Hinneigung zu der französisch-russischen Coalition verrathen und die Meinung aufkommen lassen, daß dies die offizielle Politik der römischen Curie, ja der ganzen katholischen Kirche sei. Gegen diese Pressstimmen, deren wahres Verhältniß zum Vatican wir nicht näher untersuchen wollen, wandten sich die hervorragendsten Führer und Zeitungen des deutschen Centrums mit einer Entschiedenheit, die nur wohlthuend berühren konnte, obwohl es auch nicht an einzelnen katholisch-demokratischen Organen fehlte, deren Patriotismus es zuließ, in daßselbe Horn zu stoßen wie die vaticanischen Blätter. Im Allgemeinen hat aber, so bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz" sehr richtig, das deutsche Centrum durch seine berufensten Vertreter eine scharfe Grenzlinie gegen die römischen Seitensprünge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gezogen. Die Partei will offenbar auch auf diesem Gebiete ihre Brauchbarkeit als Stütze der Reichspolitik beweisen und handelt darin von ihrem Standpunct aus sicherlich klug. Der deutsche Ultramontanismus kommt dabei allerdings in eine eigenthümliche Lage. In der ganzen auswärtigen Politik hat er kein höheres Interesse als die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstthums. Wie oft ist diese Forderung in entschiedenstem, ja drohendstem Ton erhoben worden! Mit dem Dreibund ist diese Forderung gewiß nicht durchzusetzen. Ein starkes geeinetes Italien ist ein ebenso wichtiger Bestandtheil der Dreibundspolitik wie die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung in Deutschland. Aber glaubt wirklich Jemand im Ernst, daß sich das ketzerische und katholikenverfolgende Rußland oder die kirchenfeindliche französische Republik jemals für die Wiederherstellung des Kirchenstaats interessiren könnten? Jede französische Regierung wäre verloren, die Derartiges nur versuchen wollte. Wir können uns unter den heutigen europäischen Verhältnissen keine Wendung und keine Entscheidung irgend welcher Art vorstellen, bei der eine Wiederherstellung des Kirchenstaats ernstlich in Frage kommen könnte. Darüber wird man sich auch in einsichtigen katholischen Kreisen nicht täuschen. Die Forderung der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstthums scheint uns mehr und mehr ein theoretischer Grundsatz zu werden, der principiell aufrecht erhalten und aufs Entschiedenste betont wird, an dessen jemals mögliche praktische Verwirklichung aber selbst im katholischen Lager nur noch wenige Schwärmer und Phantasten glauben. Mag auch die ziemlich gleichgiltige Verwahrung wegen des Kirchenstaats hinzugefügt werden, so ist doch anzuerkennen, daß die Dreibundspolitik die unumwundene Zustimmung auch der deutschen Centrumspartei gefunden hat. Sie hat überhaupt in Deutschland keine Gegner, mit Ausnahme vielleicht der Socialdemokraten.

* Der Staatssecretair von Boetticher wird in den letzten Tagen dieses Monats nach Berlin zurückkehren. In der ersten Hälfte des October werden die Plenarsitzungen des Bundesraths zur Vorbereitung der für den Reichstag bestimmten Vorlagen wieder beginnen.

* Der deutsche Commissar für die Weltausstellung in Chicago, Regierungsrath Wermuth, hat den für die deutschen Ausstellungsgebäude bestimmten Platz ausgewählt. Derselbe liegt nördlich von den Gebäuden für die englischen und für die mexikanischen Aussteller.

* Ueber die zunehmenden Ansprüche des Polonismus in Posen wird der „Schles. Ztg." geschrieben: Unter den 1600 deutschen katholischen Schulkindern in der Stadt Posen sollen sich nach der Meinung des „Dziennik Poznanski" nur sehr wenige wirkliche Deutsche befinden. Alle übrigen müßten, so folgert das Blatt, den Religionsunterricht polnisch empfangen und, damit sie hierzu befähigt werden, am polnischen Sprachunterricht theilnehmen dürfen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird unter den Eltern dieser Kinder zur Zeit eine außerordentlich lebhafte Bewegung entfacht. Immer zahlreicher werden die Schulverwaltungsorgane von solchen Eltern angegangen, ihre Kinder aus der deutsch-katholischen in die polnisch-katholische Religionsabtheilung zu versetzen oder denselben wenigstens die Theilnahme am polnischen Sprachunterricht zu gestatten. Bis jetzt haben die Schulbehörden dergleichen Gesuche fast ausnahmslos consequent zurückgewiesen, weil mit Rücksicht auf die Abstammung und häusliche Umgangssprache der Kinder hierzu keine Veranlassung vorliegt.

* Die preußischen Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten haben, wie die „Allg. Reichscorr." erfährt, aus Anlaß einer neuerdings ergangenen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts die bereits wiederholt erörterte Frage, ob die staatliche Genehmigung zur Anlegung und Erweiterung communaler und privater Begräbnißplätze der Landespolizeibehörde zustehe, einer erneuten Erörterung unterzogen und sind dabei im Einverständniß mit dem Oberverwaltungsgericht zu der Ansicht gelangt, daß die Entscheidung über die Zulässigkeit der Anlegung nichtkirchlicher Begräbnißplätze für das Geltungsgebiet des Allgemeinen Landrechts zur Zuständigkeit der Ortspolizeibehörden gehöre, in welche nur unter besonderen Umständen ausnahmsweise eingegriffen werden könne.

* Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat — wie die „Allgemeine Reichscorrespondenz" erfährt — aus Anlaß eines Specialfalles sein Befremden darüber ausgesprochen, daß ein Arbeiter, nachdem er in Folge eines Betriebsunfalles erkrankt, nach der Genesung nicht wieder zur Arbeit angenommen, sondern mit seinem desfallsigen Gesuche zurückgewiesen worden war. Wenn hierzu angeführt wird, daß dies aus Mangel an Beschäftigung geschehen sei, so wird ministeriellerseits darauf hingewiesen, daß ein infolge Betriebsunfalles erkrankter Arbeiter überhaupt so lange nicht als ausgeschieden anzusehen sei, bis etwa feststehe, daß er in absehbarer Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen außer Stande sei. Es verstehe sich, daß in einem solchen Falle die Feststellung der Unfallentschädigung von Amts wegen eingeleitet werde. Für solche Arbeiter sei daher die bisherige Arbeitsstellung offen zu halten und äußersten Falles sei deren Annahme bei der Strombauverwaltung oder in einem anderen gleichartigen staatlichen Arbeitsbetriebe zu ermitteln.

* Bei der Landtagsersatzwahl im 2. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Osnabrück (Lingen-Bentheim) wurden 218 Stimmen abgegeben. Es erhielt Anton Damink aus Willimm (Parteistellung unbekannt) 113 Stimmen, Regierungspräsident Dr. Stüve (freiconf.) 104 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

* Auf ein Glückwunschschreiben des Verbandes der Militairvereine hat der Großherzog von Baden geantwortet, er freue sich, daß die werthvolle Schulung des Heerdienstes in der durch Parteigeist und Streit erfüllten Gegenwart eine Bürgschaft dafür biete, daß die Soldaten sich fern von dem verpestenden Einfluß selbstsüchtiger Parteileidenschaften halten und auf dem festen Grund selbstloser Treue beharren werden. Er rufe Allen zu, treue Wacht zu halten gegen innere und äußere Gefahr, damit bei der Stunde der Entscheidung Jeder gerüstet sei, sich als ein treuer Sohn des Landes zu bewähren.

* Die nationalliberale Partei in Baden veröffentlicht, unmittelbar vor den Wahlmännerwahlen, einen Wahlaufruf, in welchem die Mitglieder und Anhänger der Partei zur thatkräftigen Wahrnehmung ihres Wahlrechts und ihrer Wahlpflicht aufgefordert werden. An die Mitbürger ergehe in ernster Zeit der Ruf, an den Wahlurnen über die zukünftige Zusammensetzung der Zweiten Kammer zu entscheiden. Unwerthen von den verschiedenen Parteien, die zur Förderung ihrer Grundsätze aufrufen, sei deren gewissenhafte Prüfung eine heilige Pflicht, der sich Niemand entziehen möge.

* Die liberale „Bonner Zeitung" enthält an der Spitze ihres Blattes die Erklärung, daß sie mit Ende dieses Monats eingehen werde. Sie tritt zugleich den von gegnerischer Seite gemachten Auslegungen, daß sie ihr Erscheinen einstellen müsse, weil die Regierung und die Parteigenossen dem Blatte die ihm bisher gewährte Unterstützung entzogen hätten, auf das Entschiedenste entgegen. Sie schreibt: „Die „Bonner Zeitung" habe zu allen Zeiten auf eigenen Füßen gestanden. Wenn sie jetzt vom Schauplatze abtrete, so geschehe es eben, weil der Existenzkampf aus den eigenen Mitteln des Verlegers nicht mehr länger geführt werden konnte und weil die „Bonner Zeitung" es verschmähte, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen." Die „Bonner Zeitung" ist eines der ältesten rheinischen Tagesblätter. Sie wurde im Jahre 1818 von Buchdrucker Peter Neuser begründet und ist seitdem ununterbrochen im Besitz der Familie Neuser gewesen. In Bonn erscheinen nun nur noch ultramontane Blätter und die ultrareactionäre „Reichszeitung".

* Einer der sonst streitbarsten klerikalen Führer in Oesterreich, der Abgeordnete Dr. Ebenhoch, hat sich über das klerikale Programm in bemerkenswerth vorsichtiger und gemäßigter Weise ausgesprochen. In kirchlichen und religiösen Fragen sollen sich die conservativen Abgeordneten im Reichsrath unbedingt den Weisungen des Episkopats fügen, in nationalen Fragen den Standpunct der Gleichberechtigung einnehmen. Denn die Gerechtigkeit sei ein Grundzug des deutschen Charakters und — die Erfüllung der klerikalen Forderungen sei nur mit Hilfe der slawischen Abgeordneten möglich. Das Verhalten der Regierung gegenüber müsse von Fall zu Fall vorsichtig überlegt werden. Die Regierung fordere die conservative Partei nicht muthwillig zum Kampfe heraus, sie komme aber auch den Forderungen derselben nicht entgegen. Die Conservativen werden daher nicht unbedingt Oppositionspartei, aber auch nicht unbedingt Regierungspartei sein. Auf die gesetzliche Regelung der Schulfrage dürfe seine Partei ebenso wenig verzichten, wie auf die Möglichkeit, wieder zur Majorität zu gelangen. Doch müsse er, so wahr es ihm thue, offen erklären, daß an eine gesetzliche Regelung der Schulfrage gegenwärtig nicht zu denken sei. In dieser Frage sei die klerikale Partei zur Zeit vollständig isolirt und ihr Bestreben müsse vorläufig darauf gerichtet sein, daß diese Isolirung nicht auch bezüglich anderer Fragen eintrete.

* In der Sitzung des internationalen Congresses für Arbeiterunfälle in Bern verwahrte sich Beyssier, der Vertreter der französischen Arbeitersyndicate, gegen die von belgischer und auch französischer Seite befürwortete Ansicht, daß grobe Fahrlässigkeit von dem Empfange der Rente ausschließen solle. Der Präsident des deutschen Reichsversicherungsamts, Bödiker, unterstützte Beyssier. Ein solches Vorgehen hieße die verjährenden Processe verewigen; dasselbe werde viel schaden und nichts nützen, man müsse der menschlichen Schwäche Rechnung tragen. Die Ausführungen Bödiker's fanden allgemeinen Beifall. In der Mittwoch-Vormittagssitzung, bei welcher Bödiker-Berlin und Köppen-Petersburg zusammen präsidirten, referirte Kaan-Wien über die Unfallverhütung der Arbeiter in Oesterreich. Man hat daselbst von dem Haftpflichtgesetz abgesehen und sofort den Grundsatz der obligatorischen Versicherung aufgestellt. Mit dem 1889 eingeführten territorialen System an Stelle von Berufsgenossenschaften habe man gute Erfahrungen gemacht. Vortheilhaft sei die Einfachheit der Verwaltung. Aus der Unfallversicherung sei die Krankenversicherung in Oesterreich hervorgegangen und mehrfach werde jetzt der Wunsch nach einer Invaliditätsversicherung laut. Redner schlug keine Resolutionen vor; auch eine Discussion fand nicht statt. An Stelle des abwesenden Dejace-Lüttich sprach von Berchen-Brüssel über die Unfallversicherung in Belgien. Auch er stellte keine Anträge. Cheysson-Paris berichtete über den gegenwärtigen Stand der Unfallversicherung der Arbeiter Frankreichs. Der Stand der Angelegenheit lasse eine baldige gesetzliche Regelung erwarten. Ueber die bezüglichen Verhältnisse in Spanien sprach Gruner-Paris, über die Niederlande Westerouen und van Meteeren-Amsterdam. Ueber die nordamerikanischen Verhältnisse referirte Gould-Washington. In Nordamerika gebe es nur eine individuelle Organisation, doch wenn die Versicherung durch den Staat sich bewähre, so würde das praktische Volk der Amerikaner sie auch annehmen. An der darauf folgenden Discussion betheiligten sich Besteneck-Salzburg, Gigot-Paris, Moeller-Brackwede, Perisset-Paris, Mayer-Straßburg, Raes-Aarau, Kaan-Wien, Wenzel-Berlin, Grenlich-Zürich und Westerouen. Zwei Resolutionen wurden eingebracht. In der ersten erklärt der Congreß die allgemeine obligatorische Unfallversicherung für wünschenswerth; bei der zweiten wird als wünschenswerth hingestellt, daß die Arbeiterversicherungen sich in zwei Staffen gruppiren: die erste soll Krankheiten und kleine Unfälle, die zweite große Unfälle, Alter und Invalidität umfassen.

* Die niederländische zweite Kammer nahm den Entwurf der in Beantwortung der Thronrede an die Königin zu richtenden Adresse unverändert an. In derselben wird betont, daß die Kammer, die Revision des Wahlrechts erwartend, inzwischen andere Reformen in Angriff nehmen könne. Die Adresse wird der Königin-Regentin überreicht werden.

* Der Besuch des Königs Leopold von Belgien am großherzoglichen Hofe zu Luxemburg ist für Ende September angesagt.

* Aus Frederiksborg wird gemeldet, daß der Kaiser von Rußland bereits morgen die Rückreise nach Rußland antreten werde.

* Wie die „Nowoje Wremja" meldet, wird dem russischen Reichsrath demnächst eine Vorlage des Ministers des Innern über die Judenfrage zugehen. Die Vorlage basirt auf dem Material, welches der Commission der Generalgouverneure von Wilna, Warschau und Kiew und anderer Beamten, unter dem Vorsitze des Adjuncten des Ministers des Innern, zugestellt wurde.

* „Daily Chronicle" erfährt aus zuverlässiger Quelle, Lord Lytton werde vom Botschafterposten in Paris zurücktreten und durch den permanenten Staatssecretair im Auswärtigen Amte, Earl Philipp Currie, ersetzt werden.

* Der Staatssecretair für die Colonien in England Knutsford hielt eine Rede, in welcher er auf die von Sir Morley gehaltene Rede anspielte und in welcher er sich gegen die Räumung Egyptens vor der Einführung von Reformen und vor der Einsetzung einer stabilen Regierung aussprach.

* Die römischen Blätter widmen dem Andenken Theodor Körner's sympathische Artikel. Sie vergleichen ihn mit Mameli, dem italienischen Dichter, der als Student im Freiheitskampfe in Rom im Jahre 1849 fiel, und feiern ihn als Dichter und Helden. — „Opinione" und andere Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß die Aufhebung des Paßzwanges in Elsaß-Lothringen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beruhigend wirken werde. — „Italia militaria" dementirt die Meldung, daß zwischen dem Schatzminister und dem Kriegsminister Meinungsverschiedenheiten über den Etat des Kriegsministeriums bestehen.

* Der Papst empfing den neu ernannten Ordensgeneral der Lazeristen, Caratelli, welcher nunmehr sein Amt übernimmt, und spendete demselben seinen Segen.

* Kaiser Wilhelm richtete an die Königin-Regentin von Spanien ein sehr herzliches Schreiben, in welchem er eine beträchtliche Summe für die Opfer der Ueberschwemmung zur Verfügung stellte. In Confuegra werden jetzt zahlreiche Holzhäuser zur vorläufigen Unterbringung der Ueberschwemmten gebaut. Der Wiederaufbau der Stadt wird bald in Angriff genommen.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der Lärm über die „Sigri"-Angelegenheit hat sich nun wieder gelegt; interessant dürfte sein, was jetzt aus brieflichen Mittheilungen aus Konstantinopel über die Entstehung der Sache bekannt wird. Die erste Nachricht, welche über die „Occupation von Sigri" in Konstantinopel einging, war ein offenes Telegramm des französischen Consuls in Smyrna. Der französische Botschafter, welcher kurz darauf seine Abschiedsaudienz beim Sultan hatte, ergriff die Gelegenheit, durch Denunciation der bösen englischen Absichten, sich beim Sultan als Freund und Retter der Türkei aufzuspielen. Der Sultan aber scheint das Manöver durchschaut und sich nicht beunruhigt gezeigt zu haben. In Konstantinopel hat denn auch die Nachricht viel weniger Aufregung hervorgerufen als in den übrigen europäischen Hauptstädten, denen sie durch die französischen Telegraphenbureaux und Zeitungen mitgetheilt worden war.

* Der serbische Finanzminister Buitsch ist telegraphisch nach Belgrad zurückberufen worden zur Ordnung wichtiger Cabinetsfragen.

* Die „Times" meldet aus Singapore von gestern: „Nachrichten aus Shanghai vom 9. d. M. zufolge wäre der Aufstand in Itsang ein von Soldaten, Hunans, organisirtes Werk. Die Centralregierung sei nicht im Stande, den Aufstand zu unterdrücken und könne nur auf Gefahr eines Bürgerkrieges Truppen aus inneren, entfernten Gegenden heranziehen. In Nangking werden die Christen durch Maueranschläge verschiedener in den den Europäern geöffneten Häfen begangener Verbrechen beschuldigt. Der Eintritt fremder Streitkräfte allein könne den Aufstand unterdrücken. Die „Times" meldet aus Futschau, ein Plan zur Wegnahme des Arsenals sei von den ausländischen Beamten entdeckt worden. Die Ausländer glauben, daß die Anwesenheit eines Kanonenbootes unbedingt nothwendig sei.

* General Leiva ist zum Präsidenten der Republik Honduras gewählt worden; er erhielt dreimal so viel Stimmen als sein Gegner, General Bonilla. Der bisherige Präsident Bogran unterstützte die Wahl Leiva's; dieselbe bedeutet einen entschiedenen Sieg der Demokraten.

Militairisches.

* Berlin, 24. September. Von den Resultat der Artillerieübungen bei einem Manöver bei Jüterbog wird, wie Hirsch's Telegraphenbureau berichtet, es abhängen, in welcher Art die Erweiterungen und Veränderungen der deutschen Artillerie stattfinden werden. Die Neuorganisation der Artillerie erfolgt auf alle Fälle, und der Reichstag wird sich in der nächsten Session mit dieser Frage und ihrer finanziellen Wirkung beschäftigen müssen.

---

* Ein seltenes militairisches Jubiläum feiert am 1. October d. J. der beim Invaliden-Bataillon in Berlin stehende Lieutenant Kummer. Er trat im Jahre 1831, nachdem er das Gymnasium in Brandenburg a. H. bis Prima besucht hatte, bei der Garde-Artillerie freiwillig ein, wurde 1842 Oberfeuerwerker und 1876 Secondelieutenant. Der jetzt 82jährige Herr hat mithin 60 Jahre in den subalternen Militairchargen und unter 5 Königen Preußens gedient.

Marine.

* Berlin, 23. September. Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig" (Flaggschiff), „Sophie" und „Alexandrine", Geschwaderchef Contre-Admiral Batsch, ist am 22. September cr. in Valparaiso eingetroffen.

* Wilhelmshaven, 23. September. Die soeben publicirten Herbstcommandirungen für das Marine-Uebungsgeschwader sind gebildet aus den Schiffen „Friedrich Karl", „Deutschland", „Friedrich der Große", „Kronprinz", „Prinzeß Wilhelm", „Weir". Im Dienst verbleiben aber werden nur eingestellt die Panzerschiffe „Baden", „Bayern", „Oldenburg", die Panzerfahrzeuge „Siegfried", „Beowulf", die Avisos „Greif", „Stosch", „Meteor", der Minenbomber „Pelikan". Die Packt „Loberzollern" erhält eine reducirte Besatzung. Die neuen Panzer „Brandenburg", „B" und „C" werden mit Ingenieuren besetzt werden. Probefahrten machen das neueste Torpedoboot „D 8" und der Avisos „Jaade".

Socialpolitisches.

* Eine wesentliche Erhöhung dürfte im nächstjährigen Etat des Reichsamts des Innern die Forderung für die Invaliditäts- und Altersversicherung erfahren. Bekanntlich hat sich aus dem genannten Gesetze eine vierfache finanzielle Belastung des Reiches ergeben, einmal durch den Reichszuschuß zu jeder Rente in Höhe von jährlich 50 ℳ, sodann durch die Rentenantheile, welche auf die Dauer militairischer Dienstleistungen entfallen, drittens durch die Wochenbeiträge, welche das Reich als Arbeitgeber entrichten muß, und viertens durch die Ausgaben für die Herstellung der Invalidenmarken. Im ersten Jahre der Geltung des Gesetzes haben sich drei Acten der Belastung fühlbar gemacht, die Herstellung der Invalidenmarken, für welche ein Betrag von 15 750 ℳ ausgeworfen wurde, die Wochenbeiträge des Reichs, welche bei den einzelnen Verwaltungen geleistet wurden und bei einigen, wie bei der Militair- und Marineverwaltung, recht beträchtliche, auf über eine Million sich belaufende Beträge repräsentirten, sowie der Reichszuschuß. Die ersten beiden Belastungsarten werden im Jahre 1892/93 in wenig veränderter Form wiederkehren, der Reichszuschuß, der für das Jahr 1891 auf 6,2 Millionen normirt war, wird jedoch weiterhin erhöht sein. Einmal war es für das laufende Jahr nur nöthig, Altersrentenzuschüsse zu verlangen. Denn auch nach den Uebergangsbestimmungen kann die Invalidenrente nur nach einer durch ein Beitragsjahr erfolgten Zahlung des Beitrags beansprucht werden und wenn nun auch das erste Beitragsjahr mit dem 21. November d. J. abgelaufen ist, so wird doch für die Festsetzung und Anweisung der Invalidenrente soviel Zeit vergehen, daß im laufenden Kalenderjahre kaum eine Auszahlung derselben erfolgen dürfte. In den Etat für 1892/93 wird demnach völlig neu der Betrag für den Zuschuß zu den Invalidenrenten eines ganzen Jahres und zwar des Kalenderjahres 1892 einzustellen sein. Außerdem wird der Betrag für den Zuschuß zu den Altersrenten erhöht werden müssen. Es hat sich jetzt schon herausgestellt, daß die in Aussicht genommene Summe von 6,2 Millionen für das